

Autor: Stephan Ueberbach
Gesprächspartner: Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin
Sendung: Samstag, 18.03.2017, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 18.03.2017

SWR: Herr Weil, die Niederlande haben gewählt. Alle sind begeistert, dass der Rechtspopulist Geert Wilders nicht gewonnen hat, Sie auch?

St. W.: Niedersachsen hat ja eine lange gemeinsame Grenze mit den Niederlanden und deswegen schauen wir schon mit besonderem Interesse, auch auf die andere Seite dieser Grenze. Ich bin in der Tat auch erleichtert. Und ich finde unsere Nachbarn in den Niederlanden haben eine reife politische Leistung abgeliefert. Die Wahlbeteiligung ist deutlich höher geworden, das ist gut. Die Rechtsaußen sind deutlich in ihre Schranken gewiesen worden, das finde ich gut. Und die Niederländer haben schon auch gezeigt, dass sie Veränderungen wünschen, aber innerhalb des demokratischen Spektrums und das kann man auch nur gut finden.

SWR: Aber der Wahlsieger Mark Rutte und viele andere haben doch im Wahlkampf nicht anders geklungen als Geert Wilders. Hat er nicht den Wahlkampf beeinflusst und Themen gesetzt?

St. W.: Ganz bestimmt. Und wir erleben ja beispielsweise auch bei uns in der Bundesrepublik, dass es AfD und anderen immer wieder gelingt auch ihre Themen durchzusetzen. Oder aber, was ich besonders schlimm finde, dann auch von demokratischen Parteien durchsetzen zu lassen. Lassen Sie mich ein Beispiel sagen: Sicherheitspolitik. Wir hatten Anfang des Jahres eine Situation da gab es gewissermaßen täglich neue Vorschläge. Und die wurden vor allen Dingen von Kollegen, beispielsweise der CSU vorgetragen. Da muss die AfD an der Stelle eigentlich gar nichts mehr machen, weil ständig suggeriert wird: Unsere Sicherheitslage in Deutschland ist richtig schlecht, wir müssen Angst haben. Das ist in der Wirklichkeit nicht so und deswegen sollten wir es auch nicht so verbreiten.

SWR: Herr Weil, lassen Sie uns über das gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei reden. Das Saarland hat angekündigt, Wahlkampfauftritte türkischer Politiker verbieten zu wollen, Sachsen-Anhalt ebenfalls. Wann ziehen Sie in Niedersachsen nach?

St. W.: Ich bin Jurist und deswegen gucke ich erst mal gerne ins Gesetz. Das ein Land einfach ein solches Verbot verhängen kann, das glaube ich, das geht einfach nicht auf der Grundlage unserer geltenden Gesetze. Ich sehe das so wie meine Kollegen im Saarland und in Sachsen-Anhalt. Ich bin gegen solche Veranstaltungen. Ich bin dagegen, dass die harten innenpolitischen Konflikte in der Türkei nach Deutschland getragen werden. Ich bin dagegen, dass hier Konflikte innerhalb der türkischen Bevölkerungsgruppe, aber auch zwischen Deutschen und Türken geschürt werden. Das alles ist schlecht für beide Länder. Aber die Antwort darauf müssen wir auf der Basis des geltenden Rechts geben. Und vor allen Dingen muss uns ganz am Ende, glaube ich, die Bundesregierung eine klare Ansage geben. Die Bundesregierung wird ganz am Ende, verantwortlich für die Außenpolitik wie sie nun einmal ist, sagen müssen, ist das etwas was gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland ist. Oder soll man es stattfinden lassen, wiederum aus Gründen der Außenpolitik. Darauf hat vor kurzem das Bundesverfassungsgericht, richtigerweise, hingewiesen.

SWR: Der Bundesaußenminister heißt Sigmar Gabriel und ist ein Parteifreund von Ihnen.

St. W.: Es handelt sich bekanntlich um eine Koalitionsregierung. Und da hört man zum Beispiel von den CDU-Mitgliedern der Bundesregierung durchaus unterschiedliche Signale. Der Kanzleramtsminister Herr Altmaier unterstützt die saarländische Ministerpräsidentin. Von dem Bundesinnenminister hört man wiederum: Nein, man werde nichts machen. Ich glaube, man muss innerhalb der Bundesregierung an dieser Stelle eine klare Haltung finden.

SWR: Stephan Weil, der Ministerpräsident von Niedersachsen im SWR Interview der Woche. Herr Weil, bei der SPD wird ja der große Umbruch vollzogen. Martin Schulz übernimmt den Vorsitz der Partei, wird Kanzlerkandidat der SPD. Und die Partei ist in den Umfragen so stark wie schon lange nicht mehr. Wie erklären Sie sich den „Schulz-Effekt“?

St. W.: Es ist in der Tat wirklich erstaunlich was in den letzten sechs, sieben Wochen geschehen ist. Ich habe so etwas vorher noch nicht erlebt. Wenn man versucht es sich zu erklären, es ist ja ein wenig so, wie wenn das Fenster aufgemacht worden wäre. Oder vielleicht ist auch ein anderer Vergleich durchaus passend, dass eine Fußballmannschaft gelegentlich nach einem Trainerwechsel anders aufspielen kann und dann auch anders vom Publikum mit unterstützt wird, als das vorher der Fall gewesen ist. Lange Rede – kurzer Sinn: Die SPD ist vielleicht vorher unterschätzt worden. Aber ich freue mich wirklich sehr, dass jetzt ganz viele Menschen ihre Hoffnung auf die SPD wieder setzen. Das ist aber auch eine Verpflichtung. Für uns ist das eine Chance, die wir nutzen müssen.

SWR: Der letzte Deutschlandtrend von Infratest dimap für die ARD hatte einige interessante Erkenntnisse zum Vorschein gebracht zum Beispiel, dass mehr als Dreiviertel der Deutschen mit ihrer wirtschaftlichen Lage aktuell zufrieden sind. Und dass noch mehr damit rechnen, dass es auch im nächsten Jahr so bleibt. Warum ist es dann, aus Sicht der SPD, trotzdem richtig im Wahlkampf für mehr soziale Gerechtigkeit zu trommeln und von einer sozialen Spaltung des Landes zu reden?

St. W.: Dass es unserem Land insgesamt wirtschaftlich gut, das lässt sich nicht bestreiten. Aber ebenso wenig, leider, dass natürlich unsere Gesellschaft weiter auseinander getriftet ist. Zwischen denen den es besonders gut geht und denen den es besonders schlecht geht, klafft eine immer größere Lücke. Und die in der Mitte fragen sich schon, an welcher Stelle kriege ich eigentlich auch, sagen wir mal, den Beweis dafür, dass dieser Staat auch an mich und meine Bedürfnisse denkt. Es gibt eine, leider nicht zu bestreitende Distanz zwischen Regierenden und Regierten. Das ist nicht gut in einer Demokratie. Wir müssen keinen Vergleich scheuen mit irgendeinem Land auf der Welt. Wir sind sehr erfolgreich und zwar und gerade in sozialer Hinsicht. Aber wir haben jede Menge Anlass auch uns selber zu fragen, was können wir eigentlich besser machen?

SWR: Sie hören das SWR Interview der Woche, heute mit Stephan Weil, er ist Ministerpräsident von Niedersachsen und Politiker der SPD. In der Diesel-Affäre gerät jetzt Audi immer stärker unter Druck. Diese Woche gab es Razzien in der Zentrale in Ingolstadt, in Neckarsulm, zeitgleich zur Bilanz-Presskonferenz des Unternehmens. Das war ja schon mal ein Ausrufezeichen das die Behörden damit gesetzt haben. Sie sagen, dass Sie an der Aufklärung von „Dieselgate“ mitgearbeitet haben, dass die Sache aber noch nicht vorbei ist. Kommen denn die Ermittlungen gegen Audi für Sie jetzt überraschend?

St. W.: Nein, sie sind nicht wirklich überraschend. Anfang des Jahres haben die amerikanischen Justizbehörden, gemeinsam mit Volkswagen einen gemeinsamen Sachverhalt veröffentlicht. Den kann man auf Internetseite des Department of Justice, also des amerikanischen Justizministeriums nachlesen. Und auch da taucht der Markenname von Audi auf, mit anderen Worten, es ist bekannt

welche Vorwürfe es an dieser Stelle gibt. Dass die Staatsanwaltschaften auch schauen, was bedeutet das eigentlich nach deutschem Strafrecht. Das halte ich für folgerichtig, ich kann mich nicht über den Inhalt äußern. Aber dass Staatsanwaltschaften in dieser Hinsicht ermitteln, das finde ich absolut nachvollziehbar.

SWR: Herr Weil, lassen Sie uns über die PKW-Maut sprechen. Das Gesetz von Verkehrsminister Dobrindt liegt gerade in Bundestag und Bundesrat. Die Kritik an dem Prestigeprojekt der CSU wird nicht gerade leiser, im Gegenteil. Was sagen Sie?

St. W.: Ja, ich halte das wirklich für ein ganz verkorkstes Projekt. Wir haben eine gemeinsame Grenze mit den Niederlanden und da findet ein sehr lebendiger Verkehr von „hüben nach drüben“ und umgekehrt statt. Es ist doch völlig klar, wenn wir künftig von den Niederländern verlangen, dass sie „Eintritt“ bezahlen, wenn sie nach Deutschland wollen, dann werden sie sich das eine Weile anschauen und dann werden sie wiederum von den Deutschen verlangen, dass die doch auch „Eintritt“ zahlen sollen. Das heißt: Punkt eins, es ist nicht gut für das Zusammenwachsen Europas. Punkt zwei, ich glaube am Ende des Tages wird es natürlich deutsche Autofahrer geben die drauf zahlen müssen und das war versprochen worden zu vermeiden. Punkt drei, es gibt kritische Stimmen, beispielsweise der ADAC glaubt nicht, dass die Rechnung aufgeht und meint, wenn es schlecht läuft dann wird aus den erwarteten halben Milliarde Erlöse pro Jahr tatsächlich ein Zuschuss-Geschäft. Und Punkt vier ist, ob das Ganze eigentlich mit dem Europarecht kompatibel ist. Da hat sich die europäische Kommission ja auf diesen Standpunkt gestellt nach schwierigen Gesprächen. Aber das entscheidet eben nicht eine Regierung oder eine Kommission, das entscheiden am Ende die Gerichte. Und ich gehe davon aus, dass Österreich, vielleicht auch andere wie die Niederlande tatsächlich zum Europäischen Gerichtshof gehen werden. Das alles zusammen gefasst mündet in der Frage, was bringt uns das eigentlich, bringt uns das weiter – ich kann das nicht erkennen.

SWR: Das mündet vor allem in der Frage, was fangen Sie denn jetzt mit den Erkenntnissen an, denn der Bundesrat kann das Gesetz nicht stoppen, er kann es höchstens verzögern. Ist das die Strategie vielleicht bis zur nächsten Bundestagswahl das rauszuschieben, damit danach dann wieder alles bei null anfangen muss?

St. W.: Die Strategie ist laut und deutlich zu sagen, was alles da wirklich an großen Problemen und an harten Kritikpunkten vorhanden ist. Auf Verzögerung zu setzen ist jedenfalls nicht mein Stil. Und ich bin gespannt wie es weiter geht. Wie ich höre gibt es durchaus, auch in den Bundestagsfraktionen, noch eine ganze Reihe von Fragen.

SWR: Der Bundesrat hat ein Gesetz der Bundesregierung gestoppt, nämlich das zu den Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko, Algerien sollten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, um die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern zu erleichtern. Das ist gescheitert, vor allem am Widerstand der Grünen, außer Baden-Württemberg wollte und will kein anderes grün-mitregiertes Land diesem Vorhaben zustimmen. Wie ist Ihre Einschätzung, ist der Plan endgültig vom Tisch oder gibt es noch eine Möglichkeit irgendwo in einem Vermittlungsverfahren zu verständigen?

St. W.: Also, derzeit kann ich nicht erkennen, dass es dazu eine Mehrheit geben wird. Man muss auch nüchtern sagen, ich kann auch keinen wirklichen Vorteil erkennen durch eine solche Regelung. Sie müssen einfach sehen, die Bedeutung dieses Rechtsinstituts der sicheren Herkunftsstaaten wird typischerweise maßlos überschätzt. Wenn Sie sich mit einem Verwaltungsrichter unterhalten, dann wird er Ihnen bestätigen richtig schneller geht es dadurch eigentlich in der Regel nicht. Und vor allen Dingen ist nach wie vor das allergrößte Ärgernis, dass hinterher die Abschiebungen wahnsinnig schwierig sind, weil sich ganz häufig nordafrikanische Staaten weigern ihre Staatsbürger aufzunehmen. Und mir nützen

die sicheren Herkunftsstaaten überhaupt nichts, wenn anschließend keine Abschiebungen stattfinden können. Mit Tunesien könnte sich jetzt etwas tun, da war ja die Bundeskanzlerin in diesem Land. Aber ehrlich gesagt, das würde ich erst gerne einmal in der Praxis erleben wollen, denn Ankündigungen gab es schon viele.